

Druckausgabe eines Artikels

Kontakt | Über uns | Bücher | Videos | Leserreisen | Shop

Schnell-Suche...

<<< | 

27.03.07

**»Weiße Folter« im rechtsfreien Raum****Im US-Gefangenenlager Guantanamo Bay begann am Montag das erste Militärtribunal / Menschenrechtler prangern massive Verletzung internationaler Standards an**

Von Olaf Standke

Im berüchtigten USA-Lager Guantanamo Bay auf Kuba sollte am Montag die erste Anklage verlesen werden. Das für die dortigen Gefangenen geschaffene militärische Sondertribunal will den Australier David Hicks formal wegen »Unterstützung des Terrorismus« belangen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das Verfahren als rechtswidrig.

Neonbeleuchtete Gänge und Zellen, schwergängige Stahlporten und Schiebetüren, schallschluckende Dunkelräume und Kältekammern – »Weiße Folter« nennt der Künstler Gregor Schneider seine für manchen nur schwer erträgliche labyrinthische Installation im Untergeschoss einer Düsseldorfer Kunstsammlung, die Besucher auch und gerade an Orte wie Guantanamo Bay denken lässt. »Weiße Folter« nennen Verhör-Spezialisten ihre Zwangsmethode, Gefangenen ohne sichtbare physische Spuren Geständnisse abzapressen, durch den Entzug von Schlaf, Essen oder aller Kontakte zur Außenwelt. Der Australier David Hicks (siehe linke Spalte) hat sie im berüchtigten Lager auf dem US-amerikanischen Stützpunkt am eigenen Leibe erfahren. Wenn nun mit der Verlesung der Anklageschrift sein Prozess nach fünf Jahren Inhaftierung beginnt, spielt es für den Richter keine Rolle, wie die Ermittler zu ihren Aussagen gekommen sind. Auch das macht das Sondertribunal für Kritiker unglaubwürdig und rechtswidrig.

Hicks hatte schon in den Anhörungen für ein erstes Verfahren 2004 für nicht schuldig plädiert. Doch der Prozess wurde gestoppt, weil der Oberste Gerichtshof in Washington über diverse Klagen gegen diese Form der Militärgerichtsbarkeit im rechtsfreien Raum entscheiden musste. Im Juni 2006 wurde sie für illegal erklärt, ein Vierteljahr später unterschrieb Präsident Bush den Military Commissions Act, ein Konvolut von Sondergesetzen, das die Einrichtung der extra für seinen Antiterror-Krieg installierten Militärkommissionen neu regelt. Besser geworden ist trotz leicht erweiterter Rechte für die Angeklagten kaum etwas. Die zivile Gerichtsbarkeit hat noch immer keinen Zugriff. Die Regierung billigt den meist in Afghanistan und im Nahen Osten festgenommenen Terrorverdächtigen weder den Status von Kriegsgefangenen noch die zivilen Rechte von Kriminellen zu und spricht von »feindlichen Kombattanten«. Auch Informationen, die unter Folter oder anderen rechtsstaatswidrigen Umständen gewonnen wurden, dürfen gegen sie verwendet werden. UN-Sonderberichterstatter Manfred Nowak hat die Verletzungen der Menschenrechte in Guantanamo scharf angeprangert.

Die Bush-Regierung beruft Richter, Ankläger und gleich auch noch die Verteidiger. Die Tribunale unterliefen gängige Rechtsprinzipien, kritisiert Amnesty International und verweist in einem neuen, über 100-seitigen Bericht auf die fehlenden völker- und menschenrechtlichen Standards in Guantanamo. Aber auch Major Michael Mori, der bestellte Anwalt von Hicks, zweifelt an den Tribunalen. Renommiertere Militärrechtsexperten wie die Professoren Geoffrey Corn und Victor Hensen kritisieren, man habe die Prozesse so angelegt, dass sie der Regierung dienen. Wie die »New York Times« dieser Tage berichtete, soll selbst Verteidigungsminister Robert Gates nach seiner Amtsübernahme von Donald Rumsfeld ein Ende Guantánamos gefordert haben, sei aber am Widerstand von Justizminister Alberto Gonzales und Vizepräsident Dick Cheney gescheitert. So wird das Lager wohl mindestens bis zum Ende der Amtszeit Bushs in Betrieb bleiben. Da die Prozesse erst beginnen, sei eine Schließung vorher unwahrscheinlich, so Regierungssprecher Snow. Hicks, dessen eigentlicher Prozess wohl erst im Sommer beginnt, ist dabei ein kleiner Fisch, das Verfahren gegen ihn nach Einschätzung von Rechtsexperten mehr ein Probelauf für die geplanten spektakulären Verhandlungen gegen mutmaßliche Führungskräfte von Al Qaida und andere Topterroristen. 60 bis 80 Gefangene könnten laut Pentagon an die Tribunale überwiesen werden. 14 von ihnen wurden erst vergangenen September aus CIA-Geheimgefängnissen nach Guantanamo gebracht und

haben wie Chalid Scheich Mohammed, der Chefplaner der Anschläge vom 11. September 2001 sein soll, inzwischen mit diversen Geständnissen aufgewartet. Zwei US-Senatoren, die die Anhörung der einstigen Nummer 3 des Terrornetzes Al Qaida vor einer Militärkommission in Guantanamo mitverfolgten, forderten inzwischen nachdrücklich die Überprüfung seiner Foltervorwürfe.

---

## Zahlen und Fakten

- Etwa 775 Gefangene wurden seit dem 11. Januar 2002 in Guantanamo in Gewahrsam gehalten. Zur Zeit sind dort noch immer rund 400 Staatsbürger aus mehr als 35 Ländern inhaftiert. Nur fünf Prozent wurden von Streit- und Sicherheitskräften der USA festgesetzt; 86 Prozent waren von pakistanischen Sicherheitskräften bzw. Angehörigen der Nordallianz in Afghanistan verhaftet und dann in US-Haft überstellt worden, oft gegen eine Belohnung von mehreren Tausend Dollar.
- Andere Gefangene wurden in mindestens neun Ländern (Bosnien-Herzegowina, Ägypten, Gambia, Indonesien, Mauretanien, Pakistan, Thailand, die Vereinigten Arabischen Emirate und Sambia) festgenommen, ehe sie, ohne jegliches rechtliches Verfahren, nach Guantanamo überführt wurden. Bis zu 17 Inhaftierte waren bei ihrer Verhaftung noch keine 18 Jahre alt.
- 14 als besonders gefährlich eingestufte Gefangene wurden im September 2006 nach Guantanamo verlegt. Sie waren bis zu viereinhalb Jahre ohne Kontakt zur Außenwelt in geheimer CIA-Haft gehalten worden. Etwa 345 Gefangene wurden aus Guantanamo in andere Länder verbracht, darunter Afghanistan, Albanien, Australien, Bahrain, Belgien, Dänemark, Ägypten, Frankreich, Deutschland, Iran, Irak, Jordanien, Kuwait, die Malediven, Marokko, Pakistan, Russland, Saudi-Arabien, Spanien, Schweden, Sudan, Tadschikistan, die Türkei, Uganda, Großbritannien und Jemen.
- Bei über 550 Gefangenen prüften Sondergerichte den Kombattantenstatus; 520 wurden von diesen mit jeweils drei Offizieren besetzten Gerichten als »feindliche Kämpfer« eingestuft. Die Gefangenen hatten weder Zugang zu Anwälten noch zu den geheimdienstlichen Beweisen, die von den Gerichten verwendet wurden. Die Entscheidungen der Sondergerichte basierten auch auf erzwungenen Beweisen.
- Von über 40 Selbstmordversuche in Guantanamo wird berichtet; im Juni 2006 starben drei Männer, offenbar durch Selbstmord. Bis zu 200 Gefangene sind in den Hungerstreik getreten, um gegen ihre Haftumstände und -bedingungen zu protestieren. (ai/ND)